

Deutscher Gewerkschaftsbund

## **REDE**

**Reiner Hoffmann**

DGB-Vorsitzender

### **Grundsatzrede**

am 13. Mai 2014 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Wir wollen mehr, wir können mehr, es reicht noch nicht!

Die Gewerkschaften sind in guter Verfassung. Unsere Strukturreform, beschlossen auf dem 19. Ordentlichen Bundeskongress vor vier Jahren, trägt Früchte: Unsere acht Mitgliedsorganisationen haben in den letzten Jahren erfolgreich ihre Strukturen und inhaltlichen Schwerpunkte auf den Prüfstand gestellt, verändert und modernisiert.

Der wohl wichtigste Beleg für unsere Verfassung ist die Mitgliederentwicklung. Unsere Mitgliederzahlen steigen wieder! Allein im letzten Jahr haben die acht DGB-Gewerkschaften über 360.000 neue Mitglieder gewonnen. Das sind – von Montag bis Sonntag – an jedem Tag in der Woche fast 1000 neue Mitglieder. Welche andere gesellschaftliche Großorganisation kann eine solche Bilanz vorlegen?

Kein Grund zur Selbstzufriedenheit.

Das reicht uns nicht! Wir wollen mehr. Wir können mehr!

Ich glaube es zwar nicht, aber wenn hier in der schönsten Garage Berlins noch Gäste sind, die einen Aufnahmeantrag brauchen, denen können wir helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Mitgliederfrage bleibt auch in den nächsten Jahren für uns eine politische Frage von hoher Priorität! Dass wir in einer guten Verfassung sind, zeigt sich auch an unserer Reputation in der Politik. Wir werden in den Parteien gehört! – Ich rede jetzt mal nicht über die, die nicht hören können oder wollen.

Und nicht nur das: Unsere politischen Konzepte werden aufgegriffen und werden in vielen Bereichen auch umgesetzt. Der neoliberale Mainstream der letzten Jahre hat sich als grundsätzlicher Irrtum erwiesen.

Und die Krise hat eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass wir gut beraten waren, uns nicht von unseren Wurzeln zu verabschieden. Auch hier haben sich unsere Konzepte als die nachhaltigeren erwiesen. Überall in Europa redet man heute davon, dass unsere Zukunftsfähigkeit wesentlich von einer modernen Industrie und von innovativen öffentlichen und privaten Dienstleistungen abhängig ist.

Anrede

Aber beginnen wir mit dem Herz der Betriebe, dem Betriebsrat. Ihr alle hier wisst, dass seit Februar überall Betriebsratswahlen stattfinden. In rund 26.000 Betrieben werden 180.000 Betriebsräte gewählt. Das sind fast so viele wie die 220.000 Politikerinnen und Politiker in den Kommunen! Es sind 180.000 Menschen, die sich um die gute Arbeit in ihren Betrieben kümmern, oft unter widrigen Umständen und gegen den Widerstand der Arbeitgeber. Jeder einzelne von denen kämpft für andere. Mit Einsatz, mit Engagement, mit viel Mut und viel Kampf, oft einer Menge Ärger. Aber immer für die Sache: Für Tarifverträge, gute Arbeitszeiten, gesetzliche Bestimmungen.

Arbeits- und Gesundheitsschutz gibt es nicht ohne Betriebsräte. Überall, in vielen, vielen Betrieben und Unternehmen. Zum Glück. Zum Glück für die Beschäftigten. Und die Menschen wissen, warum sie wählen: Die Wahlbeteiligung liegt bei mehr als 70 Prozent! Das ist ein starker Ausdruck von gewerkschaftlicher Repräsentativität und Gestaltungskraft! Über diese Wahlbeteiligung wären alle froh, die Wahlen durchführen müssen.

Auch in der Tarifpolitik können wir auf beachtliche Erfolge verweisen. Während die durchschnittlichen Bruttolöhne je Beschäftigtem von 2000 bis 2012 um 1,8 Prozent gesunken sind – hier fließen die Einkommen von Beschäftigten ein, die nicht nach Tarif bezahlt werden -, haben sich die Tariflöhne und -gehälter deutlich besser entwickelt. Die sind im gleichen Zeitraum real um 6,9 Prozent gestiegen! Und auch im letzten Jahr konnten die Gewerkschaften Tarifabschlüsse von durchschnittlich über 3 Prozent durchsetzen.

Und nicht nur das: Wir konnten auch die Lücke zwischen den Löhnen in der Leiharbeit und den Einsatzbetrieben durch Zuschläge in mehreren Branchen deutlich verringern. Und die Gewerkschaften haben Demografie-Tarifverträge verhandelt, die ihre Wirkungen in wenigen Jahren voll entfalten werden.

Anrede

Aber wir wollen mehr, wir können mehr, das reicht noch nicht! Und dafür werden wir in diesen Tagen die Leitlinien unserer Arbeit für die nächsten vier Jahre beraten und beschließen. Wir treten an, die Arbeit der Zukunft, die Zukunft von Arbeit und Leben zu gestalten.

Mein, unser erstes Ziel muss sein, eine Neue Ordnung der Arbeit durchzusetzen.

Ja, wir haben nach vielen Jahren der Deregulierung den Mindestlohn auf den Weg gebracht. Die Allgemeinverbindlichkeit wird ausgeweitet und die Tarifautonomie gestärkt. Um die Rente mit 63 durchzusetzen, werden wir den Druck erhöhen. Wenn die Vorhaben endlich im Gesetzblatt stehen, haben wir wichtige Meilensteine in der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung gesetzt. Das sind keine Wahlgeschenke, Kolleginnen und Kollegen. Und das reicht uns nicht. Wir wollen mehr! Und wir können mehr! Denn wir sind erstens mit diesen Korrekturen von einer neuen Ordnung der Arbeit noch weit entfernt

Wir wollen zweitens ein Rentenniveau, das für ein würdiges Leben im Alter reicht. Und wir wollen, drittens Arbeit humaner gestalten. Daher brauchen wir eine gesellschaftliche Debatte über Gute Arbeit, den Wert von Arbeit, über den Sinn von Arbeit und die Qualität von Produkten und Dienstleistungen. Es war und bleibt das Ziel von Gewerkschaften – wie in unseren Gründungsjahren - die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Dieses Ziel ist die große Herausforderung, vor der wir stehen.

Die Megatrends der Arbeitswelt, Stichwörter Digitalisierung, demografischer Wandel, Feminisierung von Arbeit, Europäisierung und Globalisierung, Klimawandel und der sorgsame Umgang mit der Umwelt, und Fragen wie die „Vereinbarkeit von Arbeit und Leben“.

In seiner Rede hat Guy Ryder, Generaldirektor der ILO, gestern gefordert, „Arbeit und Beschäftigung in den Mittelpunkt des Wirtschaftens zu stellen“. Der Rede gibt mir Anlass an die Grundsatzklärung über die Ziele der Internationalen Arbeitsorganisation aus dem Jahr 1944 zu erinnern, der Erklärung von Philadelphia.

Soziale Gerechtigkeit sollte danach zu einem Eckpfeiler der internationalen Rechtsordnung gemacht werden. „Der Friede (kann) auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden“, heißt es darin und des Weiteren wird festgestellt: „Arbeit ist keine Ware“.

In der Erklärung von Philadelphia sind die Wirtschaft und das Finanzwesen Mittel, die den Menschen und dem Ziel sozialer Gerechtigkeit zu dienen haben. Der voranschreitende Globalisierungsprozess und die Entgrenzung von Märkten und Arbeit verlaufen seit Jahren aber in die umgekehrte Richtung. An die Stelle des Ziels sozialer Gerechtigkeit sind die Freiheiten des Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehrs getreten.

Die internationale Finanzkrise und die Krise des europäischen Sozialmodells fordern einen politischen Kurswechsel - nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und weltweit. In einer neuen Ordnung der Arbeit und für ein modernes Leitbild von Guter Arbeit und Gutem Leben muss der Mensch und nicht der Markt in den Mittelpunkt gestellt werden.

Internationale Arbeitsstandards sind ein wichtiges Instrument, um dieses Ziel zu erreichen und unlauteren Wettbewerb zu verhindern. Reiche Länder wie Deutschland müssen hier mit gutem Beispiel voran gehen. Wie wollen wir von anderen die Einhaltung von Mindeststandards erwarten, wenn Deutschland nicht einmal die ILO-Übereinkommen zum Mindestlohn, zum Kündigungsschutz und zum Mutterschutz ratifiziert hat? Gute Arbeit in Deutschland ist unvereinbar mit Arbeitsmarktregulierungen, die nicht mindestens internationalen Mindestanforderungen genügen.

Die Umsetzung internationaler Arbeitnehmerrechte muss eine der Leitideen deutscher Außen-, Entwicklungs- und Europapolitik sein. Das ist nur glaubwürdig, wenn wir diese Regelungen bei uns selbst umsetzen und einhalten. Die Umsetzung von diesen Mindeststandards ist aber nicht nur ein Gebot staatlicher Politik, sondern auch guter Unternehmensführung. Wir wollen – und auch dafür bedarf es mehr Mitbestimmung, dass deutsche Unternehmen im Ausland nicht nur Qualitätsprodukte produzieren, sondern auch Weltmarktführer in guten Arbeitsbedingungen werden.

Das bedeutet nichts anderes als Arbeit und Leben nach menschlichen Bedürfnissen zu gestalten. Das ist sicher nicht einfach in einem komplexen Arbeitsmarkt.

Für uns - die Gewerkschaften - ergibt sich der Spagat, die Interessen und Bedürfnisse prekär Beschäftigter ebenso zu vertreten, wie die der gut entlohnten, oft überbeschäftigten und ausgepowerten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und in den Industriebetrieben.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei personenbezogene Dienstleistungen wie Erziehung, Pflege und Gesundheitsschutz. Die Arbeitsbedingungen, aber auch die Entlohnung müssen deutlich

aufgewertet werden. Dass ausgerechnet diejenigen, die sich um Kinder, Kranke und Alte kümmern, unter skandalösen Bedingungen arbeiten, ist absolut inakzeptabel. Wir brauchen eine Debatte über den Wert von Arbeit, die von der Idee der Humanisierung und nicht nur nach betriebswirtschaftlichen Kostenbetrachtungen geführt wird. Zugespitzt kann man sagen, „Geiz ist eben nicht geil“, sondern töricht und unverantwortlich!

Nur ein Beispiel: bis 2020 werden rund 150.000 zusätzliche Vollzeitpfleger benötigt. Die Krise ist seit Jahren absehbar. Nur mit besserer Qualifizierung, besserer Bezahlung und Guter Arbeit werden wir diesem Pflegenotstand begegnen können. Da wollen wir mehr, und da können wir mehr erreichen! Forschung für die Arbeit von morgen: Für Gute Arbeit und humane Arbeitsgestaltung

Der Wandel in der Arbeitswelt, die Digitalisierung von Industrie- und Dienstleistungsarbeit (Cyber-Physische Produktionssysteme etc.) und die demografische Entwicklung bietet viele Chancen für selbstbestimmte, qualifizierte und gesunde Arbeit. Er enthält aber auch Risiken wie Leistungsverdichtung, Entgrenzung von Zeit und Raum und neue Belastungsformen wie psychischer Stress.

Anrede

Ich fordere die Bundesregierung auf, setzen Sie rasch ihre Vereinbarung im Koalitionsvertrag um und legen Sie ein substantielles Forschungs- und Aktionsprogramm „Für die Arbeit von morgen“ auf, mit dem an die erfolgreiche Humanisierungsforschung der 80er Jahre angeknüpft wird.

Und ich lade die Arbeitgeber ein, lassen Sie uns gemeinsam die Zukunftsaufgabe zur Gestaltung guter Arbeit in Angriff nehmen:

Ich bin mir sicher, dass wir die Arbeitsministerin, unsere Kollegin Andrea Nahles, und die frisch gewählten Betriebsräte an unserer Seite haben werden. Gemeinsam können wir die Arbeitsbedingungen der Zukunft so gestalten, dass die Menschen länger gesund durchs Arbeitsleben gehen, mit Engagement, Zufriedenheit und hoher Qualifikation. Und dass sie nach einem erfüllten Berufsleben gesund in Rente gehen. Arbeit ist mehr als eine Ware, sie ist identitätsstiftend für die Menschen und konstitutiv für den sozialen Zusammenhalt.

Mit guter Arbeit und fairen Löhnen leisten wir einen entscheidenden Beitrag gegen die zunehmende Altersarmut. Neue Wege in der Arbeitszeitpolitik

Anrede

Die Humanisierung der Arbeit muss dort ansetzen, wo Erwerbsarbeit stattfindet: in den Betrieben und Verwaltungen. Das stellt auch unsere Arbeitszeitpolitik vor Herausforderungen. Seit Jahren haben die Gewerkschaften – haben wir – neue Wege in der Arbeitszeitpolitik beschritten.

Wir wissen, dass es schon lange nicht mehr reicht, die tägliche oder die wöchentliche Arbeitszeit in den Fokus zu nehmen. Noch stärker als in der Vergangenheit müssen wir die Arbeitszeit über die gesamte Erwerbsbiografie in den Blick nehmen. Die Menschen wollen auch ihre Lebensarbeitszeit gestalten. Sie wollen entscheiden können, wann sie mehr Zeit für Kinder, Eltern oder einfach sich

selbst oder eine Weiterbildung haben wollen. Oder ob sie – freiwillig und unter guten gesundheitlichen Bedingungen – länger arbeiten wollen. Hierfür brauchen wir flexiblere Übergänge. Sie müssen aber freiwillig sein, und ein sicheres Rentenniveau für alle garantieren. In solchen Konzepten liegt die Perspektive für die Arbeit der Zukunft. Das bedeutet vor allem, dass wir die veränderten Ansprüche an Arbeitszeitsouveränität in den Mittelpunkt stellen und nicht nur die betriebswirtschaftlichen Anforderungen an flexible Arbeitszeiten in den Unternehmen.

Eine solche Arbeitszeitpolitik, die auch das Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie stärkt, wird zu einem guten Leben beitragen. Und es setzt voraus, dass wir uns endgültig von dem dominierenden Modell des männlichen Familienernährers in Vollzeit mit bruchloser Erwerbsbiographie verabschieden. Beide Geschlechter müssen die gleichen Rechte und Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft haben.

Was erreichen wir damit? Dass mehr Frauen arbeiten können, dass Teilzeit keine Falle für Frauen mehr ist, aus der sie sich nicht herauskommen. Und dass die – trotz aller Gleichstellung – vorhandenen Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern verschwinden. Das meine ich, wenn ich sage, wir brauchen eine breite Debatte über den Wert von Arbeit. Wir wollen mehr Zeit für Familie und Leben, mehr Flexibilität, mehr Gute Arbeit! Investitionen in Bildung

Das alles wird nicht gelingen, wenn wir nicht mehr in Bildung investieren. Das beginnt damit, dass wir endlich die Zahl der Schulabbrecher halbieren. Schließlich ist das ein Ziel der im Jahr 2000 vereinbarten europäischen Lissabon-Strategie. Davon sind wir noch meilenweit entfernt.

Und wir wollen, dass allen Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung angeboten wird. 15 Prozent eines Jahrgangs erhält immer noch keinen Ausbildungsplatz. Das ist und bleibt ein Skandal.

Und seit Mitte der siebziger Jahre diskutieren wir über die Notwendigkeit eines lebenslangen Lernens – Weiterbildung. Mir wäre eine andere Wortwahl lieber, lasst uns „lebensbegleitendes Lernen“ sagen. Mit lebenslang verbindet sich oft was Zwanghaftes oder gar der lebenslange Knast. Investitionen in gute Bildung sind und bleiben Voraussetzung für Gute Arbeit und ein Gutes Leben. Wir wollen mehr Bildung, mehr Berufsabschlüsse und mehr Schulabgänger mit Abschlusszeugnis.

Stärkung der Tarifautonomie

Anrede

Zur Guten Arbeit und zum Guten Leben gehören vernünftige Tarifverträge. Das ist das Kerngeschäft der Gewerkschaften. Ein Mindestlohn reicht da nicht aus! Während die durchschnittlichen Bruttolöhne je Beschäftigtem von 2000 bis 2012 um 1,8 Prozent gesunken sind, haben sich die Tariflöhne und -gehälter deutlich besser entwickelt. Nach Angaben des WSI-Tarifarchivs lagen die Tarifentgelte im gleichen Zeitraum real um 6,9 Prozent höher.

Wir wollen deswegen, dass die Tarifautonomie deutlich gestärkt wird. Wir wollen mehr Menschen, die nach anständigen Tarifen bezahlt werden, was wir haben, reicht nicht aus! Dazu gehört auch die Tarifeinheit.

## Mitbestimmungsoffensive

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Millionen von Beschäftigten haben sich seit Anfang März an den Betriebsratswahlen beteiligt. Es gibt keine demokratische Wahl, die näher an der Lebensrealität der Menschen stattfindet. Die betriebliche Mitbestimmung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Stabilität unserer demokratischen Gesellschaft.

Für eine neue Ordnung der Arbeit sind handlungsfähige Betriebs- und Personalräte unerlässlich. Sie sind die Garanten für gute Arbeit in den Betrieben und Verwaltungen. Über Betriebs- und Personalräte bringen Beschäftigte ihre Ideen und Innovationen ein. Sie sorgen zudem für gerechte Bezahlung und achten darauf, dass Tarifverträge zu Anwendung kommen. Sie ermöglichen eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben.

Und sie setzen Weiterbildungsmöglichkeiten für die Beschäftigten durch und schützen vor der Willkür durch den Arbeitgeber. Betriebs- und Personalräte machen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu Bürgern im Betrieb.

Die Bedeutung von Betriebsräten hat im vergangenen Jahr der Bundespräsident, Joachim Gauck, hervorgehoben: „Deutschland braucht weiter eine mit Leben erfüllte Interessenvertretung der Arbeitnehmer; es braucht Mitbestimmung in seinem Unternehmen! Deutschland braucht die gelebte Demokratie im Arbeitsalltag!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wissen aber auch, dass Betriebs- und Personalräte immer häufiger an ihre Grenzen geraten. Wenn etwa Firmen Arbeit auslagern oder öffentliche Dienstleistungen an Private vergeben. Oder die gleiche Arbeit dann per Werkvertrag zu miesen Bedingungen an Dritte vergeben, haben Arbeitnehmervertreter keine Interventionsmöglichkeit.

Wir brauchen eine wirksame Mitbestimmung der Betriebsräte bei Leiharbeit und Werkverträgen. Sie müssen das Recht haben, gegen Leistungsverdrängung und Stress initiativ zu werden. Das Betriebsverfassungsgesetz muss dringend reformiert werden. Wir haben viel zu viele betriebsratsfreie Zonen. Nicht selten werden spezialisierte Anwaltskanzleien eingeschaltet, um Betriebe mitbestimmungsfrei zu halten. Oder um bestehende Betriebsräte einzuschüchtern.

Viele von euch werden in der vorletzten Woche die erschreckende Reportage über die Zustände in der Burger King GmbH gesehen haben, dem größten Franchisenehmer von Burger King in Deutschland. Auch dort wurde ein Anwalt eingesetzt, der sich seit langem als Gegner von Betriebsräten profiliert. Innerhalb nur eines Jahres gab es dann auch mehr als 20 Kündigungsverfahren gegen Betriebsratsmitglieder. In allen bislang abgeschlossenen Verfahren waren die Betriebsräte und die NGG erfolgreich! Und Burger King Deutschland hat letzte Woche verkündet, dass ab sofort die Einhaltung der Qualitätsstandards und faire Arbeitsbedingungen sichergestellt werden sollen.

Das ist ein wichtiger Erfolg. Aber es ging diesen Anwälten nicht nur um Recht, sondern um Mobbing: Wir benötigen deswegen dringend eine gesellschaftliche Debatte darüber, wie wir das Mobbing gegen Betriebsräte wirksam unterbinden können. Aber solche Kampagnen sind nur möglich, wo überhaupt ein Betriebsrat gegründet wurde!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen deswegen den vollen Kündigungsschutz für alle, die einen Betriebsrat gründen wollen. Wir wollen mehr Betriebsräte! Auch die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Aufsichtsrat müssen verbessert werden. Auf der 10. Konferenz für Aufsichtsräte des DGB und der Hans-Böckler-Stiftung im Februar dieses Jahres hat der Präsident des Deutschen Bundestages, Herr Prof. Dr. Lammert, Vorschläge in die Debatte eingebracht, die ich nachdrücklich unterstütze.

Herr Lammert tritt dafür ein, dass künftig in den Aufsichtsräten großer Unternehmen Arbeitnehmervertreter dasselbe Stimmengewicht bekommen sollen, wie die Vertreter der Anteilseigner. Das Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden soll entfallen.

Der Bundestagspräsident hat auch gleich das Argument entkräftet, damit könnten die von der Verfassung geschützten Eigentümerrechte ausgehöhlt werden. Die Zeiten, so Lammert, haben sich geändert. Das Eigentum sei zunehmend durch anonymes Kapital vertreten und durch Fondsanleger, die mehr Interesse an hohen Renditen und weniger an Verantwortung für Eigentum haben. Dem können wir alle zustimmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir brauchen auch eine Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung. Sie muss bereits bei 1000 Beschäftigten einsetzen. Der Schwellenwert der Drittelbeteiligung sollte zugleich auf 250 Beschäftigte abgesenkt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es wäre doch absurd, wenn wir die Einführung der Demokratie von der Größe eines Landes abhängig machen würden. Genau das ist der Fall, wenn wir den Beschäftigten in Betrieben mit weniger als 2000 Beschäftigten die paritätische Unternehmensmitbestimmung verweigern. Die Unternehmensmitbestimmung ist kein deutscher Sonderweg. Es ist sinnvoll, über die nationalen Grenzen hinaus die Mitbestimmungserfahrungen in anderen europäischen Nachbarländern einzubeziehen. Dazu nur zwei Beispiele:

In Schweden gilt die Interessenvertretung an der Spitze von Unternehmen bereits ab 25 Beschäftigten und in Dänemark ab 35 Beschäftigten.

Ich plädiere dafür, dass wir eine Mitbestimmungsoffensive starten. Die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben und den Unternehmen müssen ausgebaut werden. Wir wollen und können eine offensive öffentliche Debatte über den Wert der Mitbestimmung auf den Weg bringen. Wir müssen zeigen, wo und wie Mitbestimmung erfolgreich war, und damit den Wert der Mitbestimmung öffentlich unterstreichen.

Mit unserer Initiative müssen wir auch die Europäisierung der Mitbestimmung in den Fokus nehmen. In 80 Jahren konnten wir wichtige Informations- und Konsultationsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer europäisch verankern. In der Grundrechte-Charta, die 2007 rechtsverbindlich in die Lissaboner EU-Verträge aufgenommen wurde, wurde die rechtzeitige Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als Grundrecht verankert. Vor 20 Jahren – 1994 – wurde nach vielen Jahren der Auseinandersetzung die europäische Betriebsräterichtlinie verabschiedet und im Jahr 2001 konnte der Kompromiss zur Mitbestimmung in der europäischen Aktiengesellschaft eingebunden werden.

Aber wir wissen auch, wo die Defizite liegen. Und das heißt: Nach 20 Jahren Praxis europäischer Betriebsräte und 10 Jahre Mitbestimmungspraxis in den europäischen Aktiengesellschaften wollen wir gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund die Mitbestimmungsstandards in der europäischen Gesetzgebung vorantreiben und ausbauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach wie vor müssen wir auf der Hut sein, dass durch das europäische Gesellschaftsrecht, die Mitbestimmungsrechte nicht unterlaufen werden.

Es ist unerträglich, dass die EU-Kommission kurz vor dem Ende ihrer Amtszeit (vor vier Wochen) einen Vorschlag für die sogenannte „Ein-Personen-Gesellschaft“ verabschiedet hat. Ich habe die Befürchtung, dass ein solches Gesetz als Freibrief für die Umgehung der deutschen Mitbestimmung missbraucht werden kann. Das werden wir nicht zulassen!

Lasst uns in die Offensive gehen und für den Ausbau der Mitbestimmung auf nationaler wie auch europäischer Ebene kämpfen. Für ein Europa der Bürger

Viele Länder der Europäischen Union, vor allem im Süden, befinden sich auch sechs Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkrise in einer tiefen Rezession. Damit ist das die größte soziale Krise der Nachkriegszeit. Fast 20 Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Das ist nicht nur ein trauriger Rekord, das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal. Demgegenüber stehen die deutsche Wirtschaft und der deutsche Arbeitsmarkt vermeintlich gut da.

Ein Blick aus längerfristiger Perspektive zeigt aber, dass wir über Jahre in Deutschland nur ein unterdurchschnittliches Wachstum erzielt haben und sich bereits seit 1999 eine riesige Investitionslücke aufgebaut hat.

Die Infrastruktur und der Zustand unserer Schulen sprechen Bände. Für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie ist es ein erhebliches Risiko, dass die Investitionsquote deutlich unter dem OECD Durchschnitt liegt. Und die negativen Auswirkungen für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger bekommen wir täglich zu spüren.

Anstelle der Austeritätspolitik brauchen wir eine Politik, mit der die Wirtschaft in Europa angekurbelt und ihre sozial-ökologische Modernisierung vorangetrieben wird.

Statt einen klaren Kurswechsel einzuschlagen, setzt die große Koalition im Wesentlichen auf Kontinuität, insbesondere in der Sparpolitik und der Fortsetzung der Politik der intergouvernementalen Zusammenarbeit. Vorbei am Europäischen Parlament werden Euro-Rettungsmaßnahmen und Strukturreformen verordnet, die mit offenen Eingriffen in die Tarifautonomie einhergehen.

Der Europäische Gewerkschaftsbund hat auf Initiative des DGB klare Alternativen in die europäische Debatte eingebracht, wie mit einem Konjunktur- und Investitionsprogramm – und nicht mit einem rigiden Sparprogramm – die Krise überwunden werden kann. Mit Investitionen in moderne Industrien und innovative Dienstleistungen können wir dauerhaft Arbeitsplätze schaffen und den sozialen Zusammenhalt sichern. Über einen Europäischen Zukunftsfonds sollen Investitionen zum Beispiel in eine europäische Energiewende, eine moderne Verkehrsinfrastruktur, in Breitbandnetze sowie in Bildung, nachhaltige Industrien und Dienstleistungen gefördert werden.

Für eine nachhaltige Wirtschaft brauchen wir robuste Spielregeln für eine neue Finanzmarktarchitektur, mit der wir zukünftige Exzesse auf den Finanzmärkten verhindern. Banken und andere Finanzinstitute müssen der Realwirtschaft und den Menschen dienen und nicht verantwortungslosen Spekulanten. Mit der Bankenunion und zahlreichen Gesetzen und Verordnungen sind Fortschritte gemacht worden. Eine langfristige Stabilisierung des Finanzsektors ist damit aber nicht sichergestellt und die Risiken bleiben groß.

Immerhin hat man sich darauf verständigt, ab 2016 die Finanztransaktionssteuer einzuführen. Das ist immerhin ein Teilerfolg, vor allem wenn man bedenkt, dass auf dem letzten DGB-Kongress 2010 die Bundeskanzlerin keinen Anlass sah, eine solche Steuer einzuführen. Zu den notwendigen Strukturreformen gehören auch mehr Steuergerechtigkeit und eine Verbesserung der Einnahmeseite des Staates, damit dieser seine originären Aufgaben wahrnehmen kann.

Ein handlungsfähiger Staat mit einem durchlässigen und guten Bildungssystem, einer innovativen Hochschul- und Forschungslandschaft und einer intakten sozialen und kulturellen Infrastruktur ist nicht zum Billigtarif zu haben. Nur mit weniger Marktgläubigkeit und mehr Steuergerechtigkeit ist der von den Gewerkschaften geforderte Kurswechsel politisch machbar. Auch daran werden wir die große Koalition messen!

Die Finanzmarktkrise hat auch gezeigt, dass die Grundlage von Wohlstand und Beschäftigung die industrielle Wertschöpfung ist und bleiben muss. Wirtschaft ohne Industrie – das funktioniert nicht. Die Industrie ist kein Auslaufmodell, und Umweltschutz steht nicht im Gegensatz zur Industrieproduktion.

Die Zukunftsfähigkeit Europas setzt heute Investitionen voraus. Das heißt: Wir müssen in eine nachhaltige Energieerzeugung, in die Reduktion des Energieverbrauchs, in nachhaltige Industrien, in Bildung und Qualifizierung, in Forschung und Entwicklung, in unsere Infrastruktur und in moderne öffentliche Verwaltungen investieren. Mit einem europäischen Investitions- und Zukunftsprogramm können wir mehr Lebensqualität und Wohlstand für alle Europäerinnen und Europäer erreichen.

#### Anrede

Lasst mich abschließend in Stichworten einige Punkte ansprechen und anregen, die unsere eigene Zukunft betreffen. In dieser Woche beraten wir die politischen Leitlinien unserer Arbeit für die nächsten vier Jahre. Zugleich müssen wir aber unseren Horizont erweitern und nach vorne schauen. Wo wollen wir 2030 stehen? Ein hinreichend kurzer Zeitraum, um nicht über ferne Visionen, sondern um konkrete Utopien zu debattieren.

Zum Schluss sei daran erinnert, dass vor 100 Jahren – 1914 – der Erste Weltkrieg ausbrach. Daran zu erinnern, haben wir allen Grund, wenn wir an Europa denken. Vergessen wir nie, dass die europäische Einigung historisch die konsequente und einzig richtige Lehre aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts ist. Deshalb verdient es dieses Europa, dass wir uns mutiger engagieren, dass wir die Grenzen offenhalten und nicht neue Mauern in Europa aufbauen. Ohne die europäische Perspektive ist alles nichts. Und – ich komme auf den Anfang meiner Rede zurück – seien wir uns immer dessen bewusst, dass die Welt größer als Europa ist. In einer globalisierten Welt können und dürfen wir Europa nicht zur Festung einmauern. Ein weltoffenes und solidarisches Europa ist unsere Perspektive. Dafür wollen wir kämpfen.